

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Susanne Kempcke

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussvorsitzender Markus Bulla
Vertreter Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Walther Schäfer

Es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzender Michael Kiesewetter
Ausschussmitglied Detlef Stump

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtrat Thomas Bruns
Referatsleiter Jens Müll
Fachbereichsleiter Personalservice Gerd-Dieter Mönck
Fachbereichsleiter Bürgerangelegenheiten/Öff. Sicherheit und Ordnung Ralf Janßen
Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela
Protokollführerin Katharina Born

Als Gast

Vorsitzender Personalrat Innere Verwaltung Chris Biller
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 15.05.2023
- 4 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 12.06.2023
- 5 Vorlagen an den Rat
 - 5.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung von zwei neuen Stellen **561/2023**
(Kontrolle des ruhenden Verkehrs)
 - 5.2 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers
 - 5.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einbindung des Rates in die **566/2023**
Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Auditverfahren berufundfamilie und Zielperspektive
 - 6.2 Digitale Zeiterfassung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Bulla** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bruns beantragte im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Bestellung von Mitgliedern der Einigungsstelle (§ 107c Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz)“ unter Top 11.

Der Beschluss solle im Nichtöffentlichen Teil gefasst werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig festgestellt.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der geänderten Form bei 9 Ja-Stimmen festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 15.05.2023

Herr Brandt wies darauf hin, er habe in der Sitzung am 15.05.2023 auf die fehlende Umsetzung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Verwaltungssprache (Nr. 78 der ADuGA) hingewiesen. Er bat um entsprechende Korrektur des Protokolls.

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des PG vom 15.05.2023 wird mit der Änderung bei 7 Ja- Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 12.06.2023

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des PG vom 12.06.2023 wird bei 6 Ja- Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung von zwei neuen Stellen 561/2023 (Kontrolle des ruhenden Verkehrs)

Herr Brandt trug den Beschlussvorschlag vor.

Herr Bruns wies darauf hin, dass zurzeit kein Antrag aus dem Fachbereich 32 für zwei zusätzliche Stellen vorliege.

Herr Bulla erteilte Herrn Janßen das Wort. **Herr Janßen** führte daraufhin aus, dass vorrangig zwei Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst benötigt werden. Zwei zukünftig freiwerdende Stellen im Bereich „Kontrolle des Ruhenden Verkehrs“ sollen daher mit Mitarbeitenden des Kommunalen Ordnungsdienstes ersetzt werden.

Herr Brandt stellte folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt im Bereich 32 (Bürgeramt) den kommunalen Ordnungsdienst um zwei Stellen zu erhöhen“

Der **Änderungsantrag** wurde mit 9 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Der **Antrag mit der Änderung** wurde ebenfalls mit 9 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Die Verwaltung wird beauftragt ~~zur Schaffung zweier neue Stellen im Bereich 32 (Bürgeramt), Kontrolle des ruhenden Verkehrs.~~ **im Bereich 32 (Bürgeramt) den kommunalen Ordnungsdienst um zwei Stellen zu erhöhen.**

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion im PG am 25.09.2023)

Begründung:

Durch den Beschluss, die Bewirtschaftung des Parkraumes in der Innenstadt auszuweiten und gleichzeitig die kostenpflichtige Parkzeit von 15 Uhr auf 20 Uhr zu erweitern, ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an Personal. Durch Anfeindungen und Übergriffe auf das Personal sind aus Sicherheitsgründen 2-Personen-Streifen notwendig. Durch den Beschluss zu Erweiterung der Bewirtschaftung und der zeitlichen Ausdehnung rechnet die Verwaltung mit einer jährlichen Mehreinnahme von 1,37 Mio. €. Die Kosten für die Aufstockung des Personals sind im Vergleich dazu gering und können ggf. durch Verwarnungsgelder getragen werden.

5.2 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers **562/2023**

Herr Brandt trug den Beschlussvorschlag vor.

An der folgenden Diskussion über die Beschlussvorlage beteiligten sich die **Herren Brandt, Block, Fischer, Schönfelder, Bruns, Müll, Janßen** und **Buchweitz**.

Herr Janßen und **Herr Buchweitz** erklärten, dass die Zusammenarbeit mit dem ServiceCenter Oldenburg (SC) optimal laufen würde und eine Entlastung besonders für die Mitarbeitenden des Fachbereichs 32 bringen würde. **Herr Buchweitz** führte

beispielhaft Zahlen aus dem Zeitraum Mai bis Juni 2023 an, hier seien für das Bürgeramt über 4.600 von insgesamt 7200 Anrufen direkt beantwortet worden. Beide sprachen sich gegen eine Kündigung des Vertrages mit dem SC aus.

Herr Müll erklärte ergänzend, dass es sich bei den Mitarbeitenden im SC um Verwaltungsfachangestellte handle. **Herr Bruns** wies darauf hin, dass zurzeit keine Stellen im Stellenplan für eine städtische Telefonzentrale vorhanden seien.

Herr Werner beantragte daraufhin die Vertagung der Beschlussvorlage auf November.

Der Vertagungsantrag wurde bei 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: **-vertagt-**

Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers auf Grundlage der städtischen Telefonzentrale.

Begründung:

Der Antrag auf Prüfung der Kündigung des Service Centers Oldenburg hat nach Aussage der Verwaltung folgendes gezeigt.

Die Kündigung des Vertrages ist lediglich zum Jahresende mit 6 Monate Vorlauf möglich.

Der Aufbau eines stadteigenen Service Centers benötigt Zeit.

Mit monatlich ca. 5.000 Anfragen im Service Center haben sich die Kosten auf ca. 200.000 € erhöht. Die Abrechnung erfolgt sekundengenau.

Die Kostenkontrolle liegt nicht bei der Stadt Wilhelmshaven, da die Zahl der Anrufe und ihre Dauer nicht vorhergesehen werden kann.

Ggf. notwendiges Fachpersonal kann durch Schulung vorhandener Mitarbeiter*innen gestellt werden oder muss eingestellt werden.

Die Ersparnis dürfte deutlich über 100.000 € liegen.

Die Kostenkontrolle liegt dann in städtischer Hand.

5.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einbindung des Rates in die 566/2023 Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans

Herr Fischer stellte den Beschlussvorschlag vor.

Herr Müll gab anschließend anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation einen Überblick zum Thema Personalplanung.

An der Diskussion über den Beschlussvorschlag beteiligten sich die Herren **Bruns, Müll, Werner, Brandt** und **Fischer**.

Herr Fischer stellte folgenden Änderungsantrag:

„Der PG der Stadt wird in die durch Fluktuation bedingte Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans aktiv einbezogen. ...“

Der **Änderungsantrag** wurde mit 9 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Der **Antrag mit der Änderung** wurde bei mit 9 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Der ~~Rat~~ **PG** der Stadt wird in die durch Fluktuation bedingte Entwicklungsplanung im Rahmen des Stellenplans aktiv einbezogen. Dazu werden zeitgerecht, mindestens halbjährig, die jeweils planbar freiwerdenden Stellen mit den Planungen zu Wiederbesetzungen oder Verlagerungen im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen und bedarfsabhängig in weiteren Ausschüssen beraten und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Begründung

Personal ist in einem Serviceunternehmen wie einer Verwaltung die wertvollste Ressource, damit aber auch ein wesentlicher Kostenfaktor. Zur Sicherung der Servicequalität und eines langfristig ausgeglichenen Haushalts sind daher die durch Fluktuation bedingten Veränderungen eine Chance und Aufgabe, die Personal-, Service- und Haushaltsentwicklung sachgerecht und sozialverträglich zu steuern. Durch den Fachkräftemangel ist eine übergeordnete bedarfsgerechte Steuerung der freiwerdenden Stellen unerlässlich, um die Bedürfnisse der Bediensteten und der Bürgerschaft zu befriedigen. Die Potenziale der Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz sowie übergeordneter IT-Standards durch das OZG bieten große Chancen, einen erfolgreichen Ausgleich zwischen hoher Servicequalität, Fachkräftemangel sowie Wirtschaftlichkeit und Auskömmlichkeit des Haushaltes langfristig zu sichern.

Um dieser Verantwortung als Souverän gerecht zu werden, ist der Rat in der beantragten Weise aktiv zu beteiligen.

[geändert auf Antrag der WIN@WBV-Fraktion im PG am 25.09.2023]

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:30 Uhr

gez.

Thomas Bruns
Stadtrat

gez.

Markus Bulla
Vorsitzender

gez.

Katharina Born
Protokollführerin